

## FRAGESTUNDE

Beginn: 12.22 Uhr  
Ende: 13.22 Uhr

### 1) Gabelsberger-Bad

GRin. **Gesek** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GRin. **Gesek**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Vor mehr als einem halben Jahr habe ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Riedler, die Frage hinsichtlich der Verwertung des Areals des ehemaligen Gabelsberger-Bades gestellt.

Bis dato hat sich in punkto Verwertung dieses Areals nichts feststellen lassen, vielmehr entsteht immer mehr der Eindruck der Verwahrlosung und der finanzielle Schaden, der dadurch der Stadt Graz entsteht, scheint immer beträchtlicher zu werden.

Ich frage Sie daher, sehr geehrter Herr Stadtrat, was haben Sie bisher zur Verwertung des Areals des ehemaligen Gabelsberger-Bades unternommen?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Wir setzen also unseren Dialog übers Gabelsberger Bad fort. Ich möchte sie daran erinnern, dass ich schon das letzte Mal festgestellt habe, dass die Maßnahmen der Aufgabenkritik ihren vollen Erfolg gebracht haben und mit der Verwertung dieser Liegenschaft nicht unmittelbar zu tun haben, obwohl ich Ihnen Recht gebe, dass die Verwertung, nachdem wir dieses Gebäude und die Liegenschaft ja nicht mehr unmittelbar benötigen, durchaus in unserem Interesse ist. Ich habe daher meine Ämter ersucht, die Verhandlungen mit den Mietern zu führen. Diese Verhandlungen waren nicht einfach, weil ja die Mietrechte durchaus beständig sind, aber es ist der Liegenschaftsverwaltung gelungen, mit den eingemieteten Bestandsnehmern zu Vereinbarungen zu kommen,

sodass diese Liegenschaft nunmehr zur Verwertung steht und der GBG auch bereits der Auftrag erteilt wurde, Verwertungsgespräche zu führen.

GRin. **Gesek**: Können Sie sich in etwa vorstellen, wie lange es bis zur endgültigen Verwertung dauern wird?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Das ist naturgemäß sehr schwer zu sagen, weil es ja davon abhängt, ob wir den Preis, den wir erwarten, auch tatsächlich erzielen können, der muss durchaus ja auch im Bereich des Verkehrswertes dieser Liegenschaft liegen. Es hat bereits mit einem interessierten Mieter ein Gespräch gegeben, ob eine Übernahme im Kaufweg möglich wäre. Diese Verwertungsmöglichkeit wird nach wie vor geprüft, es gibt demnächst eine Begehung, bei der auch interessierte Mieter eingeladen sind, sich daran zu beteiligen beziehungsweise interessierte Käufer oder potentielle Käufer und ich hoffe doch, dass wir in absehbarer Zeit einen Erfolg haben werden. Wir haben viele andere Liegenschaften schon aus der Zeit meines Vorgängers, wie Sie sicher wissen, wo wir auch gehofft haben, dass wir die Verwertung zustande bringen. Manchmal geht das sehr, sehr schnell, in anderen Fällen dauert es leider länger. Für uns wäre es natürlich wünschenswert, wenn es bald zu einer Verwertung käme.

## 2) Verkehrssicherheit Kant- bzw. Johannespark

GRin. **Edlinger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Edlinger**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Frage reiht sich ein in die, unbeabsichtigt allerdings meinerseits, in die aktuelle mediale Diskussion über die Frage, wie viel an Verkehrszeichen in der Stadt sinnvoll, notwendig sind. Sie haben ja heute in diesem Zusammenhang auch in einer Tageszeitung eine Stellungnahme

abgegeben. Aber hier geht es konkret um den Kant- beziehungsweise Johannespark im Bezirk Gries, eine von Kindern stark frequentierte Grün- und Spielfläche. Jedoch sorgen sich Eltern und Großeltern der Kinder verständlicherweise um die Sicherheit der Kinder, wenn diese auf dem Weg zum Park oder vom Park nach Hause eben die angrenzenden Straßen queren müssen und es gibt daher seitens der Elternschaft und Großelternschaft den Wunsch, dass sogenannte "Achtung - spielende Kinder"-Tafeln aufgestellt werden sollten.

Seitens des Amtes wird argumentiert, dass generell ein Zuviel an Tafeln die Achtsamkeit der Autofahrer und Autofahrerinnen heruntersetzen würde beziehungsweise dass in den Straßen rund um den Park eh eine 30-km/h-Beschränkung existiert.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

### **F r a g e :**

Wie stehen Sie in diesem Zusammenhang zur Aufstellung von oben beschriebenen Hinweistafeln beziehungsweise was meinen Sie, wie die Sicherheit von Kindern auf dem Weg zum Park und zurück erhöht werden kann?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Sehr verehrte Frau Gemeinderätin! Sie haben es am Anfang angesprochen, wirklich ein Zufall, dass sich gerade im Moment die Diskussion, hereingetragen von zwei niederländischen Gemeinden, in Graz ergeben hat und das sind eben die beiden Gegensätze, die in der Diskussion vorhanden sind. Auf der einen Seite wird die Flut an Verkehrsschildern beklagt, die den Verkehrsfluss hemmt, die damit an sich durchaus auch zu einer Sicherheitsgefahr werden kann, auf der anderen Seite fällt nahezu kein einziges Verkehrsschild vom Himmel, sondern üblicherweise ist immer irgend ein spezielles Interesse dahinter, vor meinem Haus ein Parkverbot, hier ein Zebrastreifen, hier 30 km/h usw. Klar ist jedenfalls, und das möchte ich gerne vorwegschicken, wir haben in Graz flächendeckende 30-kmh-Zonen und diese Einrichtung, die Begrenzung auf 30 Stundenkilometer, sollte unter anderem verhindern, dass hier eine Wohnstraße gemacht wird, mit einer speziellen Regelung dort vielleicht eine andere Maßnahme, sondern dass im gesamten

nachgeordneten Stadtgebiet von Graz die 30 Stundenkilometer vorgeschrieben werden, damit ein wesentlicher Beitrag zur Sicherheit geleistet wird. Es war damals vorgesehen, dass zunächst einmal selbstverständlich die Einhaltung dieser Geschwindigkeit sehr intensiv kontrolliert wird, wir haben uns, wie Sie wissen, sehr viel Mühe gegeben, haben auch ein privates Unternehmen zur Unterstützung der Polizei miteingerichtet und dass aber darüber hinaus keine weiteren zusätzlichen speziellen Regelungen erlassen werden sollen einfach deshalb, weil man davon ausgegangen ist und ich glaube, das stimmt auch so, dass in einem Tempo-30-Gebiet grundsätzlich jedenfalls die Verkehrssicherheit sehr hoch ist. Ich habe mich selbstverständlich speziell auch beim Amt erkundigt, wie weit da irgendwelche Forderungen im Zusammenhang mit dem Kantpark vorliegen. Die Auskunft vom Straßenamt ist, dass kein Wunsch bekannt ist, es könnte aber durchaus sein, ich darf hier zitieren, dass eine derartige Auskunft mündlich erteilt wurde. Nach Rücksprache jedenfalls mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit und nach unseren eigenen Beobachtungen ist zu sagen, dass sich durch so ein Verkehrszeichen, es handelt sich ja um ein Gefahrenzeichen und um kein Hinweiszeichen nach § 15, dass durch ein derartiges Zeichen das Fahrverhalten der Kraftfahrer sich nicht ändert. Abgesehen davon sollten derartige Gefahrenzeichen wirklich nur dort aufgestellt werden, wo wirklich eine Gefahr besteht. Dies scheint beim Johannespark nicht gegeben zu sein, da hier ausschließlich Anrainerverkehr und kein Durchzugsverkehr gegeben ist und es sich eben um Tempo-30-Straßen handelt. Anbieten könnte man, dass sich die Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit mit der Thematik beschäftigt. Ich darf damit wieder mit meinen eigenen Worten weiterfahren, ich habe das selbstverständlich angeordnet, wir haben ja eine Verkehrssicherheitsgruppe bestehend aus Vertretern der Polizei, des Kuratoriums für Verkehrssicherheit, von der Landesverkehrsabteilung, vom Straßenamt und ich habe gebeten und ersucht, dass sich diese Gruppe bei dem nächstmöglichen Termin mit der Situation um den Park befasst. Klar ist auch, dass, wenn hier tatsächlich wirkliche Gefahrenstellen da sein sollten, diese wahrscheinlich nur durch irgendwelche Baumaßnahmen oder sonst irgendwas verbessert werden kann, das ist jedenfalls mit ein bisschen die Erfahrung, dass es mit dem Aufstellen von einzelnen Verkehrsschildern, wäre übrigens auch der Einzugsbereich dann zu klären, in welchem Ausmaß, nur in den umliegenden Straßen oder auch Straßenzüge weiter, normalerweise nicht getan ist.

Also zusammenfassend, wir werden die Verkehrssicherheitsgruppe beauftragen, sich die Situation dort sehr genau anzusehen und ich werde dann gerne berichten.

GRin. **Edlinger**: Sie haben die Überwachung der Tempo-30-Zonen angesprochen, da sind sich, glaube ich, hier herinnen eh alle einig, dass das das Beste ist, nur ist Tatsache, dass zwar jetzt eine private Firma diese Überwachung durchführt. Nur trotzdem haben die nur ein gewisses Personal und können auch nur immer punktuelle Überprüfungen durchführen und ich weiß nicht, vielleicht haben Sie andere Erfahrungen oder auch andere belegte Erfahrungswerte, als Verkehrsteilnehmerin habe ich ja noch nicht den Eindruck in Graz, dass das Verhalten der Autofahrer/Autofahrerinnen in den 30er-Zonen sich mittlerweile, seit Einsetzung der privaten Tempoüberwachung, schon so stark verändert hätte und vor allem die Geschwindigkeit so verlangsamt hätte in den 30er-Zonen, dass man auch wirklich auf einen 30er hinkommt. Deswegen meine Frage, weil es ja durchaus, Sie haben es ganz am Schluss kurz skizziert, auch andere Möglichkeiten gibt, dass in Straßen eine Bemalung aufgetragen wird, die optisch eine Verengung hervorruft und dadurch Geschwindigkeit reduzieren kann oder natürlich auch die Frage der Schwellen, die ja in diesem Hause immer wieder diskutiert wurde, die aber andererseits aus nachvollziehbaren Gründen, zum Beispiel für die Schneeräumung, etc. nicht so beliebt sind bei manchen Ämtern, sage ich jetzt mal. Ich denke mir, Verkehrssicherheit ist für Sie ein Thema, was sind für Sie jetzt gerade im Hinblick auf die Sicherheit von Kindern die vorrangigen Maßnahmen, die wir in Graz setzen müssen?

StR. Dr. **Rüsch**: Zunächst zur privaten Geschwindigkeitsmessung, die Informationen, die wir bis jetzt gehabt haben, sind durchaus unterschiedlich. Es bestätigt sich auf der einen Seite, dass wir immer wieder in Straßen mit 30 Stundenkilometern die sogenannten Ausreißer haben, die zwischendurch eben tatsächlich mit stark überhöhter Geschwindigkeit fahren und das ist das Schwierige dabei, diese Ausreißer auch das Bild prägen. Wir haben, es wird eine sogenannte

Geschwindigkeit gemessen, die von 85 % der Autos, die da gemessen wird, eingehalten wird und diese Geschwindigkeit liegt meistens nicht sehr weit über 30. Also, dass generell es schlecht ist das Bild, das können wir nicht bestätigen. Bezüglich der Schwellen möchte ich einfach darauf hinweisen, dass wir die Schwellen, dass erstens einmal die Schwellen seit Anfang der 90er Jahre nicht mehr verwendet werden in Graz, Sie haben es richtig gesagt, unter anderem wegen der Wirtschaftsbetriebe und wegen der Schneeräumung und ich denke mir, dass diese Schwellen auch keine sehr gerechte Variante sind. Sie bestrafen wirklich jeden Autofahrer und jede Autofahrerin, wenn die Geschwindigkeit nicht eingehalten wird, dann ist das meistens eine noch größere Belästigung, vor allem auch Lärmbelästigung und das war der Grund, wieso wir uns, abgesehen davon ist es durchaus auch von den Kosten nicht so unbedeutend. Wir haben einmal ausgerechnet, dass man bei einer durchschnittlichen Strecke also von einem Kilometer, wenn sie einen entsprechenden Abstand von etwa von 100 oder 70 Metern mit Schwellen ausgestattet wird, dass das bis zu 70.000 Euro kosten kann. Das war aus diesem Grund die bewusste Entscheidung, die Geschwindigkeitsmessung im Netz der 30-Kilometer-Straßen zu intensivieren. Diese private Geschwindigkeitsmessung, die ja die Polizei nicht ersetzt, sondern lediglich unterstützt, kann auch ausgeweitet werden und wir haben jetzt diesen Weg beschritten und ich denke mir, dass die Anfänge durchaus erfolgreich sind. Ich wiederhole mein Angebot und auch meinen Wunsch an die Gruppe für die Verkehrssicherheit, sich die Situation im Kantpark nochmals genau anzusehen und ich werde dann gerne berichten.

### 3) Stadtbibliotheken

GRin. **Bergmann** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Miedl! Wie seit geraumer Zeit aus den Medien zu erfahren war, haben Sie vor, die Stadtbibliotheken in der

Weißenhofgasse, Straßgangerstraße und Rudolfstraße mit Mai dieses Jahres zu schließen.

Dem vorliegenden Informationsbericht zu den Stadtbibliotheken ist zu entnehmen, dass es in Zukunft statt bisher 9 Stadtbibliotheken nur mehr 4, und zwar große, moderne Zweigstellen geben soll. Was aus dem Informationsbericht jedoch nicht zu entnehmen ist, ist ein Zeitplan, bis wann diese schönen und neuen und großen Stadtbibliotheken geplant sind beziehungsweise bis wann diese der Bevölkerung zur Verfügung stehen sollen. Einzig für den Standort in der Fachhochschule Eggenberg ist aus einem Finanzstück annähernd ein Zeitpunkt für die Eröffnung mit Ende 2007 bis Anfang 2008 zu erfahren.

Auf Grund der äußerst schlechten Finanzsituation der Stadt Graz ist eine schnelle Errichtung dieser Bibliotheken für uns nicht vorstellbar.

Da die Schließungen von drei Bibliotheken bereits angekündigt sind, wird es unter Umständen in den nächsten Jahren zu einer wesentlichen Verschlechterung für die Bevölkerung kommen. Bezeichnend ist auch, dass diese drei Bibliotheken gerade in sehr großen Wohngebieten mit relativ wenig kulturellem Angebot liegen. Das vorgestellte Postservice kann niemals eine Bibliothek, in der geschmökert und sich Lust aufs Lesen geholt werden kann, ersetzen.

Der Bücherbus ist eine sehr gute Sache, kann jedoch ebenfalls nicht eine fixe Bibliothek ersetzen, sondern immer nur als eine Ergänzung gesehen werden. Gerade die in der Studie angeführten Standards können damit niemals erreicht werden.

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich stelle daher im Namen der KPÖ-Fraktion folgende

### **F r a g e :**

Bis wann können die von Ihnen angekündigten großen und modernen Stadtbibliotheken der Bevölkerung zur Verfügung stehen? (*Applaus KPÖ*).

StR. **Miedl**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Am 2. Mai wird der Zanklhof eröffnet, am 11. Mai findet dazu die offizielle Feier statt, zu der Sie auch eingeladen werden. Wenn die Zusage der SPÖ und des Herrn Vizebürgermeisters Ferk, die er mir am Freitag voriger Woche gegeben hat, hält, dann wird das Stück bezüglich der Fachhochschule Joanneum heute beschlossen, eine Eröffnung der zweiten großen, freundlichen, lichtdurchfluteten Bibliothek ist demnach im Herbst nächsten Jahres zu erwarten. Alle anderen Bibliotheken, die angekündigt sind, würden Zug um Zug erfolgen. Ich würde selbstverständlich so wie bisher der demokratischen Gepflogenheit folgend mit dem Kulturausschuss ein intensives Gespräch und einen intensiven Dialog führen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bergmann**: Das heißt für mich, dass vorher, bevor es eigentlich ein Angebot gibt, ein Alternativangebot für die Bevölkerung gibt, werden diese drei Stadtbibliotheken geschlossen und daher meine Zusatzfrage, werden diese Bibliotheken jetzt wirklich mit Mai geschlossen?

StR. **Miedl**: Frau Gemeinderätin! Die Aufgabenkritik, die längst vor meiner Zeit erfolgt ist, hat genau zum Inhalt gehabt, dass die Bibliotheken, wie sie zur Zeit in Graz geführt und angeboten werden, nicht dem entsprechen, wovon Sie sprechen. Ich habe ein umfassendes Konzept vorgelegt, habe das ausreichend mit dem Gemeinderat und den entsprechenden Ausschüssen diskutiert, wir waren im politischen Dialog und ich will neue Bibliotheken. Ich will bei Gott neue Bibliotheken und wenn Sie mir versichern können, dass die entsprechenden Geldmittel zur Verfügung stellen, haben wir innerhalb eines Jahres die angekündigten Bibliotheken, wie Sie sich wünschen und ich mir wünsche. Nachdem das nicht so sein wird, Frau Kollegin und Frau Gemeinderätin, werden wir die Modernisierung durch Konzentration der Kräfte vornehmen müssen, durch Information und die Angebotserweiterung wird so folgen. Und Sie wissen ganz genau, Frau Kollegin, dass ich vorhabe, das Angebot der Post über die Postschiene, das ein sehr kostengünstiges Angebot ist, zu komplettieren und zu ergänzen. Und ich finde es

äußerst unfair, wie vorgegangen und wie argumentiert wird in dieser Frage. Ich habe nie behauptet, dass das Postangebot die Bibliotheken ersetzen wird. Ich habe mich nur eingesetzt im Sinne der Gerechtigkeit, dass wenn von 17 Bezirken neun Bezirke über keine Bibliothek verfügen, dass wir ein Grundangebot für alle Bezirke in Graz haben, dafür setze ich mich ein, das ist Gerechtigkeit in meinen Augen (*Applaus ÖVP*). Frau Kollegin, wenn Sie mir versichern können, dass zusätzliche Mitteln erfolgen, dann bin ich zu allen bereit, wenn das aber ein Spiel der Opposition ist, mich auf der einen Seite zu treiben und auf der anderen Seite zu bremsen, dann werden Sie mich nicht als Partner finden. Ich habe dieses neue Konzept mit der Gewerkschaft, mit den Klubvorsitzenden, mit dem beschäftigten Personal und auch im politischen Dialog mit allen diskutiert und das war ein bei Gott demokratisches Vorgehen. Wenn Sie jetzt glauben, ein politisches Spiel auf Kosten der Leserinnen und Leser in unserer Stadt betreiben zu wollen, dann tun Sie es, aber nicht mit mir und nicht mit der ÖVP-Fraktion (*Applaus ÖVP*). Dieses Konzept, Frau Kollegin, hat Hand und Fuß, es wird mir von allen Fachfrauen und Fachmännern dieser Stadt bestätigt und darüber hinaus und ich werde Mittel und Möglichkeiten finden, dieses Konzept umzusetzen ob mit oder ohne Ihre Hilfe. Ich bin ein Mann der Tat und ich kenne die finanzielle Situation unserer Stadt. Ich bin nicht bereit, auf politische Spielereien in dieser Frage weiter einzugehen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bergmann**: Ist nicht beantwortet.

#### **4) Haushaltskonsolidierung der Stadt Graz**

GRin. **Jahn** stellt an StR. Mag. Dr. Riedler folgende Frage:

GRin. **Jahn**: Es geht um die Haushaltskonsolidierung. Eigentlich seit ich im Gemeinderat bin, ja so was wie ein Dauerthema, weil wir ja alle uns sehr, sehr intensiv mit der recht prekären Situation der Stadt immer wieder auseinandersetzen

müssen. Aus unserer Sicht ist es so, dass wir sehr, sehr oft, auch gerade von Ihnen, Herr Stadtrat, schon Berichte bekommen über die finanzielle Lage der Stadt und was geht und was nicht geht und wo Gespräche geführt werden, wie sie verlaufen, teilweise auch über strategische Zugänge, dabei geht es mir aber oft so, dass es halt sehr lange Referate sind, wo ich am Ende dann nicht mehr so genau weiß, was die eigentliche Quintessenz, also wirklich die Kernergebnisse gewesen sind. Das ist vielleicht auch von meiner Seite ein bisschen eine Schwäche oder, je nachdem aus welcher Perspektive man das eben sieht. Und natürlich momentan angesichts der aktuellen Debatte um einen möglichen geplanten Verkauf des Kanalnetzes, um die Debatte rund um das Landesbudget, wo natürlich auch sich für uns die Frage stellt, was stellt sich jetzt, nachdem es ja ein Landesbudget gibt, was schaut da für die Stadt Graz dabei raus, wie sind diese Verhandlungen verlaufen, gibt es für uns natürlich ein paar konkrete Fragen, die wir sehr gerne beantwortet hätten, gerade auch deswegen, weil wir von den einzelnen StadtsenatsreferentInnen dazu immer sehr, sehr unterschiedliche Antworten bekommt. Und wir haben uns für die heutige Sitzung vorgenommen, dem ein bisschen auf den Zahn zu fühlen, deswegen auch mein Kollege, der Hermann, noch einmal eine sehr, sehr ähnliche Frage an den Kollegen Rüschi stellen wird, damit wir das noch einmal, sozusagen innerhalb von einer Stunde, die zwei verschiedenen Positionen der Koalition auch zu hören bekommen. Aber wir werden sehr, vielleicht wird sich da heute einiges auflösen an den rätselhaften Dingen, die man teilweise zu hören bekommt. Also uns geht es darum, wann hat es welche Gespräche gegeben, zu welchen Inhalten, zu welchen Zeitpunkten, mit welchen Personen, mit welchen Ergebnissen, auch mit welchen Problemen und vor allem mit welcher einheitlichen Strategie der Stadt Graz zur Haushaltskonsolidierung? Daher meine

### **Frage:**

Wann und mit welchem genauen Ergebnis haben Sie mit welchen VertreterInnen des Bundes und des Landes Gespräche über mögliche Kooperationen zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Graz geführt?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Ich bin erstens für die Frage dankbar, weil sie tatsächlich die Gelegenheit bietet, einen Zwischenbericht so weit wie möglich abzugeben und ich möchte mich nicht dafür entschuldigen, aber doch um Verständnis dafür werben, dass natürlich die Sachverhalte sehr komplex sind und daher sehr oft nicht in kurzen Antworten zusammengefasst werden können und zur Dokumentation der Entwicklungen natürlich auch Zahlenwerk und weitere Unterlagen, kompliziertere und komplexere Erklärungen wohl notwendig sind. Seit dem letzten Finanzausgleich Ende des Jahres 2004 führt die Stadt Graz mit Bund und Land Gespräche über mögliche zusätzliche Kooperationen mit dem Ziel eines Beitrages zur Haushaltskonsolidierung der Stadt, die diesbezügliche eigene Anstrengungen ergänzen sollen. Trotz überall angespannter Budgetlage war vom Anfang an ein grundsätzliches Verständnis für die ganz besonders schwierige Situation der Stadt Graz bei Bund und Land erkennbar und erschien somit eine ergänzende Hilfestellung in diesem mehrjährigen Bemühen nicht unrealistisch. Es hat daher sowohl ein Gespräch mit dem Herr Bundesminister für Finanzen im Beisein vom Herrn Bürgermeister und den Spitzenbeamten der Stadt stattgefunden. Bei diesem Gespräch wurde vereinbart, dass in die Tiefe gehende Analysen über die Frage ob und unter welchen Umständen der Stadt Graz geholfen werden kann, durchgeführt werden sollen. Es hat in weiterer Folge auch ein Gespräch mit der damaligen oder den damaligen Spitzenvertretern der Landesregierung, noch vor der Landtagswahl, gegeben. Auch bei diesem Gespräch waren die Spitzenbeamten der Stadt und der Herr Bürgermeister, der Herr Vizebürgermeister und ich anwesend. Auch bei diesem Gespräch wurde schlussendlich auch schriftlich uns zugesichert, dass seitens des Landes nach der Wahl, also in der neuen Legislaturperiode des Landtages, Gespräche über konkrete Hilfestellungen geführt werden. Nach der Landtagswahl wurde das Thema im Jänner 2006 auch mit der neuen Landesregierung wieder aufgenommen, wobei der Wille zur gemeinsamen Bewältigung der schwierigen Finanzlage abermals zum Ausdruck gebracht wurde und vertiefende Beratungen in den einzelnen Fachbereichen vereinbart wurden. Die Beratungen zum Landesbudget 2006 der letzten Wochen haben allerdings für konkrete Stadt-Land-Gespräche sehr wenig Zeit erübrigt. Einer Intensivierung dürfte jetzt diesbezüglich nichts mehr Wege stehen. Dennoch hat es eine Reihe von Fachgesprächen auf der Ebene der Ressortverantwortlichen gegeben, die zusammenführenden Gespräche und abschließenden Gespräche stehen, wie ich

vorhin schon gesagt habe, noch aus. Konkrete Ergebnisse gibt es mittlerweile auch schon, etwa was die Bereitschaft des Landes angeht, sich an den Kosten für Kultureinrichtungen in der Stadt Graz zusätzlich zu beteiligen. Auf Seiten des Bundes haben die letzten Gespräche auf Beamtenebene am 27. und 28. März 2006 stattgefunden, wobei natürlich abschließende Ergebnisse auch hier noch nicht erzielt worden sind. Der Stand der Gespräche ist inhaltlich insgesamt so zu beschreiben, dass ein gemeinsames Bewusstsein über den Ernst der finanziellen Lage der Stadt Graz geschaffen sowie das Sanierungsziel Schuldenstabilisierung bis 2010 plausibel gemacht werden konnte. Ich möchte dazu sagen, dass das natürlich auch sehr ins Detail gehende Gespräche und Analysen unserer Einnahmen-Ausgaben-Situation sind, was insbesondere sehr viel Zeit kostet, aber andererseits notwendig ist, um den Ernst und die Schwierigkeit unserer Situation klarzulegen. Es muss vor allem den Gebietskörperschaften deutlich gemacht werden, warum wir in einer Sondersituation gegenüber anderen Städten sind und es muss klargemacht werden, wie groß der Spielraum zur Sanierung des Budgets aus eigenen Anstrengungen tatsächlich ist. Das ist meiner Auffassung nach auch sehr gut gelungen, wir haben ein Schreiben an das Finanzministerium gerichtet, in dem also dieses Verhandlungsergebnis auch sehr klar und eindeutig festgehalten wurde und es sind abschließende Gespräche, vor allem auf politischer Ebene, noch ausständig. Der Stand insgesamt würde von mir jetzt so beurteilt werden, dass wir mit guter Hoffnung sowohl gegenüber Land also auch gegenüber dem Bund, die im Übrigen ihre Unterstützung voneinander abhängig gemacht haben, erwarten dürfen, dass es eine Unterstützung für Graz geben wird (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Jahn**: Danke für die Informationen, ich hätte noch zwei Punkte, wo ich gerne nachgefragt hätte. Sie haben jetzt angesprochen, also dass von Landesseite her im Bereich der Kulturinstitutionen geplant ist oder so etwas wie eine Zusage für erweiterte Unterstützungen. Da hätte mich interessiert, ob Sie aus der momentanen Kenntnis des Landesbudgets 2006 schon konkrete Ansatzpunkte für die Stadt entdecken haben können, wo man etwaige Bemühungen des Landes, der Stadt gegenüber entgegenzukommen zu sehen, ob da irgendwas schon ersichtlich ist aus Ihrer Sicht, das ist das eine und der zweite Punkt, der mich noch interessiert hätte, ist

die Rolle des Städtebundes. Weil natürlich die Situation von Graz ist mit anderen Städten nur teilweise vergleichbar, aber wir wissen ja, dass es generell ein Problem von Finanznot in etlichen österreichischen Städten gibt und mich hätte auch interessiert, wie die Diskussion auf der Städtebundebene oder ob sie dort verläuft.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Es gibt, soweit mir bekannt ist und soweit es mir vermittelt wurde, in der Budgetvereinbarung, das Budget selbst ist ja noch nicht beschlossen, sondern wird erst im Mai vom Landtag, dem Landtag vorgelegt werden, aber in der Budgetvereinbarung zwischen ÖVP und SPÖ einen entsprechenden Spielraum, um der Stadt Graz die notwendige Hilfe zukommen lassen zu können. Ich bedanke mich an dieser Stelle sowohl bei dem Herrn Landeshauptmann als auch bei den Herren Landeshauptmannstellvertretern Schützenhöfer und Flecker sowie natürlich auch beim Landesfinanzreferenten und ehemaligen Kollegen Christian Buchmann für das in diesem Zusammenhang gezeigte Verständnis und die Bereitschaft, hier auch aktiv zu werden. Wie das und wo das genau funktionieren wird, bleibt aber natürlich den weiteren Verhandlungen noch vorbehalten. Beim Städtebund ist das so, dass der Städtebund über Jahre und Jahrzehnte versucht, die Interessen der Städte insgesamt zu vertreten. Viele Positionen des Städtebundes sind von der Stadt Graz direkt mitbeeinflusst und die Grundhaltung ist natürlich die, dass die ständige stärkere Belastung der großen Städte im Verhältnis vor allem zu den kleinen Gemeinden und die Übertragung von weiteren Aufgaben durch den Bund genau auch einer jener Faktoren war, der zu der schwierigen finanziellen Lage, in der wir uns im Moment befinden, mit beigetragen hat und der Städtebund ist aus meiner Sicht ein sehr taugliches und nützliches Instrument, um auch unsere Position entsprechend zu vertreten. Der Herr Bürgermeister, der Herr Vizebürgermeister und ich versuchen in der Geschäftsleitung auch immer wieder, entsprechende Initiativen zu setzen und ich muss sagen, auch mit einigem Erfolg. Der Schwerpunkt der Sanierung wird unzweifelhaft bei der Stadt Graz selbst liegen müssen. Der größte Teil der Sanierung ist auch von uns bereits geleistet worden, aber es stehen noch weitere schwierige Schritte vor uns. Ich habe schon mehrfach betont, dass es allein in dem Rahmen, den wir uns vorgenommen haben, jedenfalls nicht schaffbar ist, es ist daher zu hoffen, dass nach Festlegung der Eckwerte für 2006 und die Folgejahre

sowie nach der Festlegung eines verbindlichen Rahmens der außerordentlichen Gebarung der Jahre bis 2010 die Gespräche mit Bund und Land zu den tatsächlich konkreten Ergebnissen führen, wie sie von dir eingefordert werden.

## 5) Spielplätze für unsere Kinder

GR. Mag. **Korschelt** stellt an StRin. **Kaltenbeck-Michl** folgende Frage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Frau Stadträtin! In der letzten Beilage der Wochenzeitschrift „Die Grazer Woche“ wurde in einer Umfrage Kindern und deren Betreuern die Frage gestellt, wie kinderfreundlich unsere Stadt denn sei. Vieles wurde als positiv und sehr erfreulich begrüßt, vor allem das kulturelle Angebot wie das Kindermuseum und diverse Theaterproduktionen. Das Kinderparlament wurde sogar als Meilenstein in der Mitbestimmung bezeichnet.

Allerdings wurde moniert, dass bei den Kinderspielplätzen noch einiger Aufholbedarf besteht. Kritisiert wurde dabei allerdings nicht so sehr der Zustand der vorhandenen Spielplätze, sondern hauptsächlich, dass es zu wenig sind und dass zuwenig Plätze zum Spielen und Toben, also zu wenig Grünflächen, vorhanden sind. Wesentlich erscheint mir auch der Kritikpunkt, dass die vorhandenen Spielplätze größtenteils nur für Kleinkinder geeignet seien. So werde angeblich die Gruppe der Über-Zwölfjährigen vernachlässigt und es würde zu wenig Platz für Skater geben. Als Mangel wurde auch das Fehlen von Indoorspielbereichen, wie Kletterhallen, bezeichnet.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

**Frage:**

Welche konkreten Neu-, Umbau-, beziehungsweise Ausbaupläne sind seitens der Magistratsabteilung 6 im Rahmen der Erholungsfürsorge im Bereich der Kinderspielplätze geplant ? (*Applaus FPÖ*).

**StRin. Kaltenbeck-Michl:** Werter Herr Gemeinderat! Wie du wahrscheinlich weißt, ist es so, seit 1998 wurden die Zuständigkeiten, was die Spielplatzagenden betrifft, beim Magistrat Graz geändert. Dem Jugendamt blieben danach nur mehr einige wenige Kompetenzen und zwar die Verantwortung für die BürgerInnenkontakte im Vorfeld der Errichtung oder Gestaltung von Spielplätzen, die Grobplanung von Spielflächen, von neuen Spielflächen sowie die Mitsprache bei der Veränderung von Spielplätzen. Die Verwaltung, die Umrüstung, die Neugestaltung obliegt den Wirtschaftsbetrieben und zwar der Abteilung Grünraum. Theoretisch ist dem Jugendamt und mir als ressortzuständiger Stadträtin auch die Grundstücksbereitstellung geblieben, die Frage ist nur, mit welchen finanziellen Mitteln können wir in Zeiten dramatischer Budgetknappheit Grundstücke kaufen und als Spielplätze zur Verfügung stellen, das ist ja nicht etwas, was ich so ohne weiteres allein auch entscheiden kann. Damit, denke ich, ist einmal zunächst, wenn auch nicht für Sie befriedigend, aber doch von meiner Seite die Frage nach Ausbauplänen zu beantworten, ich möchte aber trotzdem auf das Thema noch etwas intensiver eingehen, weil es natürlich ein sehr wichtiges Thema ist im Zusammenhang mit der Frage, wie kinderfreundlich gestaltet sich das Angebot einer Stadt für Kinder und wie Sie richtigerweise sagen, ich bin nicht nur für die Kleinen, sondern für größere Kinder und auch für Jugendliche da. Das Handeln des Amtes für Jugend und Familie war und ist immer von der Absicht getragen, BürgerInnen, in dem Fall Kinder und Jugendliche, stark in die Spielplatzverwaltung und –gestaltung miteinzubeziehen. So haben wir von Anfang an alle Spielplätze, die neu gestaltet wurden, unter Mitbeteiligung von Kindern und Jugendlichen durchgeführt. Es gab Planungsgruppen und zu einem großen Teil wurden auch die Entwürfe, die Planungen von Kindern umgesetzt. Im Zusammenhang mit Fragen der Spielplatzgestaltung gibt es natürlich auch unterschiedliche Philosophien und ich verhehle gar nicht, dass es dazu auch unterschiedliche Philosophien hier in diesem Hause gibt bei den zwei Zuständigkeiten für diesen Bereich. Die Philosophie des Jugendamtes, und da folgen

wir durchaus also auch Experten- und Expertinnenmeinungen europaweit, lautet, um größtmögliche Nutzung für alle zu gewährleisten, halten wir es für sinnvoller, weniger Spielmobiliar aufzustellen, vor allem wenig Plastikmobiliar, und so viel wie möglich offene Flächen zu belassen, weil das bestätigen Experten und Expertinnen aus dem Bereich der Entwicklungspsychologie und der Pädagogik, dass viel freigelassene offene Fläche die Phantasie der Kinder wesentlich mehr anregt. Und nach dieser Philosophie sind auch sehr viele Spielplätze in Graz in den letzten 15 Jahren entstanden. Mir ist aber allerdings auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Frage der Kinderfreundlichkeit nicht ausschließlich zu tun hat mit der Frage, wie viele Spielplätze gibt es in einer Stadt, weil wir schon wissen, dass Spielplätze sehr häufig zu Inseln werden, zu denen Kinder hintransportiert und geholt werden müssen und geführt werden müssen. Wo es vielfach auch zu Konfliktsituation kommt, wir kennen sie alle, sondern mir ist es wichtig, kinderfreundliche Stadt so zu definieren, dass wir die ganze Stadt als beispielbaren Raum für Kinder auffassen. Ich habe mir immer gewünscht und habe immer gefordert, dass Bedürfnisse von Kindern auch bei Platzgestaltungen ausschließliche Berücksichtigung finden. Das hat meiner Meinung nach nicht ausreichend stattgefunden, wie wohl ich jetzt ein Umdenken sehe und im Sinne dieser Philosophie, die ganze Stadt für Kinder zu erschließen und Kindern und deren Eltern das Gefühl zu geben, dass ihre Interessen mitgedacht sind, setzen wir auch sehr viele Projekte im öffentlichen Raum ein. Ich erinnere an das Projekt Spielmobil, ich erinnere an die Ferienprogramme, ich erinnere an die Spielmobile, die wir auch zum Einsatz bringen zum Beispiel am Hauptplatz, am Eisernen Tor usw. Wir planen jetzt ein mobiles Streetsoccer-Projekt, wo wir in große Siedlungen gehen wollen und dort Streetsoccer anbieten wollen, ist übrigens auch ein wichtiger Beitrag zur Suchtprävention, und ich möchte Ihnen ausdrücklich Recht geben, wenn Sie darauf hinweisen, dass die Situation, was die altersgerechten Angebote angeht, äußerst triste ist. Es wird meistens vor allem bei der Gestaltung der Spielflächen in Wohnsiedlungen schlicht und einfach an die Dreijährigen und deren Sandkiste gedacht, aber nicht daran gedacht, dass dort auch größere Kinder oder Jugendliche wohnen werden oder zumindest die Kleinen irgendwann eben auch einmal größer werden und andere Bedürfnisse haben. Ich habe in diesem Sinne auch immer wieder gedrängt auf eine Novellierung der Bauordnung, mit einer Novellierung könnten wir also diesem Missstand durchaus Rechnung tragen. Mir wäre es natürlich auch recht, hätten wir ausreichende finanzielle Möglichkeiten und auch das gemeinsame

Bekenntnis dazu, das gehört ja auch dazu, dass die Schaffung von Spielflächen in dieser Stadt große Priorität haben muss. Leider ziehen manchmal ökonomische Überlegungen vor und haben Priorität (*Applaus SPÖ*).

## **6) Situation der Expositur der VS Afritsch am Landesinstitut für Hörgeschädigtenbildung**

GRin. **Bauer** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

GRin. **Bauer**: Meine Frage betrifft die Situation der Expositur der Volksschule Afritsch am Landesinstitut für Gehörgeschädigtenbildung. Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Werner! Vermehrt sind in letzter Zeit Gerüchte aufgetreten (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), dass das Land für die Unterbringung der Expositur der Volksschule Afritsch am Landesinstitut für Hörgeschädigtenbildung am Rosenberggürtel hohe Mieten von der Stadt Graz verlangen wird.

Da gerade diese Kinder mit besonderen Bedürfnissen höchste Qualität für einen geeigneten Standort brauchen und in unmittelbarer Nähe, und zwar an der Volksschule Geidorf (Entfernung Luftlinie 300 m), genügend Platz für die Unterbringung dieser Kinder wäre (hier stehen im Parterre mindestens vier Klassenräume leer), stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

### **Frage:**

Bist du bereit, dich für diese Kinder mit besonderen Bedürfnissen einzusetzen und, sofern diese finanziellen Belastungen von Seiten des Landes Realität werden, einen geeigneten Standort - nach Überprüfung der Fakten eventuell die Volksschule Geidorf - für diese Kinder zu suchen, um diesen Kindern schulische und therapeutische Voraussetzungen zu bieten, die der jetzigen Qualität entsprechen?

StR. **Miedl**: Ja, Frau Gemeinderätin, liebe Uli, es ist in der Tat so, dass die von ihrer Qualität sehr hochwertig zu betrachtende Einrichtung im Eigentum des Landes steht, das heißt, es ist landeseigenes Gebäude, das bis zur Stunde in Form eines Prekariums, das heißt, eines Bittvertrages zwischen Stadt und Land geregelt ist. Mir wurde vor einiger Zeit schon eröffnet, dass das Land vor hat, dieses Prekarium aufzukündigen und der Stadt Graz Mieten vorzuschreiben, die nicht unbeträchtlich sind. Da wären rund 40.000 Euro an Mieten fällig und jetzt ist unbestritten die Tatsache, dass diese Schule, diese Schulform in dieser integrativen Art und Weise erhalten bleiben muss. Bitte das auch allen Pädagoginnen und Pädagogen und auch den Eltern mitzuteilen. Aber es ist auch unbestritten so, dass in 300 Meter Luftlinie entfernt sich die Volksschule Geidorf befindet, deren zweiter Stock und dritter Stock leer steht. Das heißt, es wird dem Schulerhalter, den Vertretern der Stadt sicherlich möglich werden müssen, die Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, so sparsam einzusetzen, dass die Bevölkerung auch das Gefühl hat, dass die Steuern, die da bezahlt werden, gut aufgehoben sind. Es ist mein Vorhaben für den Fall, dass das Land uns das Prekarium aufkündigt, dass wir diese Schule in der Gesamtheit und in der ganzen Qualität in die Volksschule Geidorf verlegen, bin dankbar für die Anfrage, weil damit möglichen Gerüchtebörsen und Gerüchtewellen gleich vom Anbeginn an entgegengearbeitet werden kann. Ich bitte den gesamten Gemeinderat dabei um Unterstützung.

## 7) Rechtsstreit mit der AUVA – Rechtsprüfung des Vorkaufsrechts

GRin. **Schloffer** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat Riedler! Meine Anfrage beziehungsweise Frage betrifft den Rechtsstreit mit der AUVA beziehungsweise die Rechtsprüfung des Vorverkaufsrechts. Am 17. 1. 1983 wurde zwischen der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt und der Stadt Graz ein Bestandsvertrag für die Liegenschaft des ehemaligen Unfallkrankenhauses im Bezirk

Geidorf abgeschlossen. Dort befindet sich jetzt das Pflegewohnheim/Seniorenzentrum Geidorf.

Als Mieterin auf dieser Liegenschaft scheinen unter anderem auch Einrichtungen der Geriatrischen Gesundheitszentren auf. Die laufenden hohen Mietzahlungen belasten das Budget der Geriatrischen Gesundheitszentren sehr. Im Jahr 2004 wurde deshalb ein Musterprozess angestrebt, welcher die Rechtsprüfung des Vorkaufsrechtes (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) für dieses Grundstück zum Inhalt hat.

Unseren Informationen nach fand in der Woche vor Ostern wieder ein Gespräch in dieser Sache statt, an welchem Vertreter von AUVA, GGZ und der Finanzdirektion teilnahmen.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

### **Frage:**

Wie ist der Stand der Verhandlungen und Gespräche in dieser Angelegenheit zwischen AUVA, GGZ beziehungsweise Stadt Graz und ist mit einer befriedigenden Lösung dieser Angelegenheit zu rechnen? (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Es ist richtig, dass kürzlich ein Gespräch zwischen Vertretern der Stadt Graz, nämlich dem GGZ-Geschäftsführer Dr. Hartinger und dem Finanzdirektor Dr. Kamper, und der AUVA stattgefunden hat, bei welchem die unterschiedlichen Rechtspositionen der beiden Parteien ausgetauscht wurden. Die seitens der Stadt Graz veranlasste Klage zielt darauf ab, die erhebliche finanzielle Belastung der GGZ durch diese Liegenschaft, welche sich insbesondere aus dem relativ hohen Mietzins und der Nichtübernahme der Kosten der Erhaltungs- und Verbesserungsmaßnahmen durch den Vermieter ergibt, auf irgendeine Weise möglichst weitgehend zu beseitigen. Es kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden, ob und wann eine für Graz zufriedenstellende Lösung gerichtlich oder außergerichtlich erzielbar ist. Der genannte Besprechungstermin ist erst nach dreijährigem Anlauf der GGZ zustande

gekommen. Es wurde nach einem konstruktiven Gespräch eine Fortsetzung der Verhandlungen für Ende Mai 2006 in Aussicht genommen. Je nach Resultat wird dann der weitere Weg aus der Sicht der Stadt Graz beziehungsweise der GGZ zu entscheiden sein (*Applaus SPÖ*).

## 8) Verkauf Kanalnetz

GRin. **Rücker** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GRin. **Rücker**: Liebe KollegInnen, werte Stadtregierung, lieber Stadtrat Riedler! Der Verkauf des Kanalnetzes war Thema in der Karwoche medial. Am 16.2. hat hierherinnen meine Kollegin, die Sigi Binder, versucht, einen dringlichen Antrag einzubringen, um eben eine breite Diskussion und vor allem Transparenz zu dieser Frage da herinnen herzustellen. Die Dringlichkeit wurde damals, insbesondere von dir, Wolfgang, mit dem Argument zurückgewiesen, dass es sich um keine dringliche Angelegenheit handle und es wurde festgehalten, dass es rechtzeitig die Informationen für alle gibt, wenn es denn jemals irgendwelche Überlegungen in Richtung Verkauf gäbe. Also, vor zwei Monaten war der Kanal kein Thema und eineinhalb Monate, ein bisschen später, steht es dann in der Zeitung. Für uns als Opposition, aber offensichtlich auch für das betroffene Amt selbst und für die Öffentlichkeit schon gar nicht ist es nachvollziehbar, wie die Grundlagen dieser Entscheidung ausschauen. Deswegen lieber Stadtrat, lieber Wolfgang, wie kannst du dem Gemeinderat erklären und damit auch der Öffentlichkeit, dass in der Gemeinderatssitzung vom 16.2. dieses Jahres aufgrund unseres dringlichen Antrages eine Information des Gemeinderates über den aktuellen Stand des geplanten Verkaufs des Kanalnetzes für nicht dringlich gehalten wurde, während wenige Wochen später über die Medien eine fertige Variante für die geplante Ausgliederung auf den Tisch gelegt wurde von dir?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich möchte zuerst richtig stellen, dass soweit ich mich erinnere, ich mich in dieser Debatte gar nicht zu Wort gemeldet habe, also auch nicht...

*Zwischenruf unverständlich.*

Dr. **Riedler**: Nein, ich glaube nicht, dass ich mich zu Wort gemeldet habe. Soweit ich weiß, ich habe auch versucht mich da zu erkundigen, gibt es auch noch kein unterfertigtes Protokoll dieser Gemeinderatssitzung. Also ich habe mich nicht zu Wort gemeldet, jedenfalls so weit es meinem Erinnerungsstand entspricht. Von mir wurden auch keine Pressegeschichten lanciert im Zusammenhang mit dem Kanal und zwar aus einem sehr einfachen Grund. Das wäre ein höchst unprofessionelles Verhalten und es ist, ganz gleich, wie die Neustrukturierung der Abwasserwirtschaft in der Stadt Graz in Zukunft aussehen sollte, nicht klug und nicht sinnvoll, über ungelegte Eier zu gackern. Faktum ist aber, dass es offenbar in der Stadt möglicherweise an irgendeiner anderen Stelle Personen gibt, die glauben, Informationen oder Halbinformationen weitergeben zu müssen. Das, worauf ich mich bezogen habe, ist allerdings der Stand des Arbeitsübereinkommens zwischen ÖVP und SPÖ, nämlich über die Zukunft des Kanals nachzudenken und insbesondere mögliche Synergien zu suchen unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Interessen und Rechte der Belegschaft etwa, die im Kanalbereich für die Stadt Graz tätig ist. Die künftige juristische und wirtschaftliche Gestaltung des Kanalbetriebs in der Stadt Graz ist auf vielfältige Weise denkbar und die diesbezüglichen magistratsinternen Überlegungen und Abwägungen der jeweiligen Vor- und Nachteile sind auch bis zum heutigen Zeitpunkt als nicht abgeschlossen zu bezeichnen. Insofern war eine dringliche Auseinandersetzung im Gemeinderat mit den zufällig zu dieser Zeit gerade geprüften Gestaltungsvarianten nicht sinnvoll und ist es aus meiner Sicht auch heute nicht. Die Notwendigkeit, noch 2006 für die Budgetsanierung der Stadt Graz eine Überbrückungsfinanzierung umzusetzen, kann hingegen nicht deutlich genug zum Ausdruck gebracht werden. Dass eine mögliche Übertragung des Kanalnetzes an

etwa die Grazer Stadtwerke Aktiengesellschaft einen Lösungsansatz darstellen kann, ist kein Geheimnis. Genauso wie auch die Frage der vergaberechtlichen Problematik einer Inhausvergabe an eine Aktiengesellschaft, die gerade in jüngster Zeit zu einer Reihe von Erkenntnissen des EUGH und daran anschließende juristische Diskussionen nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa geführt hat. Selbstverständlich könnte das etwa durch die Etablierung einer GmbH für eben diesen Zweck wesentlich entschärft werden. Fertig und entschieden ist eine solche Variante, wie ich vorhin schon gesagt habe, allerdings auch heute noch nichts.

GRin. **Rücker:** Wenn ich das richtig verstehe, dann werden wir auch als Oppositionspartei trotzdem erst dann eine Information erhalten, wenn die Sache entschieden ist. Da frage ich jetzt noch einmal nach, heißt das, die Frage nämlich, nicht nur die budgetpolitische Frage, was das bedeutet die Verlagerung des Kanals hinaus aus der städtischen Verwaltung, sondern vor allem auch die Frage, wie eine Versorgungssicherheit für die Grazer Bevölkerung in Zukunft gewährleistet sein wird. Wie in diesem Bereich gedacht wird über die Nachhaltigkeit und vor allem über die nachhaltige Wirkung so einer Maßnahme, halte ich für eine Diskussion, die da herinnen notwendig ist, bevor so eine Entscheidung gefällt wird und bevor sie als fix und fertiges Paket präsentiert wird. Kannst du dir vorstellen, diese Diskussion hier herinnen offen und transparent zu führen, bevor wir mit einem fertigen Konzept konfrontiert werden, bei dem wir wieder nur ja oder nein sagen können?

Dr. **Riedler:** Ich kann mir jede Form einer offenen politischen Debatte zu jedem Thema selbstverständlich vorstellen. Ich halte nur wenig davon, komplexe Vorgänge halbfertig zur Diskussion zu stellen und dann solange zerfransen zu lassen, bis möglichst nichts mehr davon übrigbleibt. Ich glaube daher, dass der Gemeinderat einen Anspruch und ein Recht darauf hat, mit durchdachten Konzepten konfrontiert zu werden und nicht mit halbfertigen oder möglicherweise bedenklichen Vorlagen. Ob und in welchem Rahmen die Daseinsvorsorge betrieben werden soll, ist nicht und wäre nicht zum ersten Mal Gegenstand von Diskussionen in diesem Hause und es ist

Faktum, dass zumindest aus meiner Sicht und aus Sicht der sozialdemokratischen Fraktion von einem Verkauf nach außen, also an andere nicht öffentliche Eigentümer, nicht gedacht wird und auch nicht gedacht wurde. Ich halte im Übrigen daher auch die Informationen, die im letzten Stadtblatt der kommunistischen Fraktion verbreitet wurden für nichts anderes als glatte Panikmache, weil da genau dieser Eindruck erweckt werden sollte ganz offensichtlich. Es geht darum, meine Damen und Herren, eine vernünftige, sinnvolle und moderne Lösung für einen wesentlichen Teil der städtischen Verwaltung zu finden, dafür stehe ich auch und ich bedanke mich bei dieser Gelegenheit bei all jenen Kräften hier im Haus, die diese Bemühungen mittragen und ich bedanke mich vor allem bei den Beamtinnen und Beamten, die an der Erarbeitung dieser Konzepte einen wesentlichen Beitrag leisten und die sich genau durch Falschmeldungen oder durch Panikmache in ihrer Arbeit auch gestört fühlen (*Applaus SPÖ*).

### **9) Mehrsprachige Übersetzungen diverser Formulare im Sozialbereich**

GR. **Rajakovics** stellt an **StRin. Kaltenbeck-Michl** folgende Frage:

GR. **Rajakovics**: Es geht um mehrsprachige Übersetzungen der Formulare im Sozialbereich. Sehr geehrte Frau Stadträtin! Auf Grund der Tatsache, dass MigrantInnen oft nicht oder nicht entsprechend Zugang zu unserem Sozialsystem finden, weil sie die deutsche Sprache nicht in ausreichendem Maß beherrschen, hat vor rund einem Jahr die Gleichbehandlungsbeauftragte der Stadt Graz erhoben, welche Formulare und Informationsblätter in deinen Ressorts bereits übersetzt sind und welche noch einer Übersetzung bedürfen.

Meine

**F r a g e**

ist an dich daher:

Waren in deinem Ressort entsprechende Übersetzungen notwendig bzw. wurden solche getätigt?

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Werter Herr Gemeinderat! Wie du in deiner Frage an mich richtig festhältst, hat die Gleichbehandlungsbeauftragte Silvana Rabitsch im Juli des Vorjahres, das ist noch nicht ganz ein Jahr, im Rahmen einer ersten Maßnahme zur Umsetzung der Antirassismus- und Antidiskriminierungsrichtlinien der EU erhoben, für welche Bereiche Übersetzungen von Formularen nötig wären. Das Sozialamt hat fristgerecht den amtsinternen Bedarf erhoben und zurückgemeldet. Die MitarbeiterInnen des Sozialamtes haben sehr genau, auch im Hinblick auf unsere beschränkten finanziellen Ressourcen, aufgelistet, in welchen Sprachen wir welche Übersetzungen brauchen würden. Ich lasse dir das gerne zukommen, wenn du Detailinformationen gerne hättest. Faktum ist, seit der Rückmeldung des Sozialamtes an die Gleichbehandlungsbeauftragte hat vorläufig nichts stattgefunden. Faktum ist nämlich auch und ich möchte das wirklich betonen, weil es viele Bereiche gibt, die einer dringenden Klärung bedürfen für Integrationsarbeit ist, der du ja auch als Magistratsbediensteter Pressesprecher des Bürgermeisters bist, weißt du das ja sehr genau, dein unmittelbarer Vorgesetzter, Bürgermeister Nagl, zuständig. Ein allfälliger Bericht über die geplanten Maßnahmen des Integrationsreferates ist hier im Gemeinderat der Stadt Graz von Seiten des Integrationsreferates und des Integrationsreferenten, Bürgermeister Nagl, noch nicht erfolgt. Die aus dem Internet der Stadt Graz ersichtlichen Arbeitsschwerpunkte stellen das Integrationsreferat als Querschnittsreferat dar, immerhin wird genannt, ich zitiere: „Das Integrationsreferat wurde mit 3. 11. 2005 zur Koordinierung und Umsetzung von Integrationsmaßnahmen eingerichtet. Das Integrationsreferat soll Schnittstelle zwischen Magistrat und der NGOs werden, bestehende Dienstleistungen in der Stadt sollen durch diese vernetzt werden“, das wäre genauso ein Bereich, der hier hineinfällt, nach meiner Meinung und sie soll aus Sicht der Betroffenen auf Schwächen und Lücken im bestehenden System aufmerksam machen und an deren Bearbeitung arbeiten. Bis dato gibt es keine Entscheidung und auch keine Richtlinien, wer für die Übersetzungen und DolmetscherInnenarbeiten finanziell aufkommen soll. Ich bitte darum, das dringend zu klären, so wie viele andere offenen

Fragen im Zusammenhang zum Querschnittsreferat Integrationsreferat. Vielleicht ist manches auch deshalb noch nicht passiert, weil der Gemeinderatsbeschluss, ich weiß nicht, wann er gefällt wurde, nachdem das Integrationsreferat mit zwei Menschen zu besetzen sei, bis heute nicht umgesetzt ist (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics**: Danke für die klaren Worte in dieser Richtung. Das ist nämlich auch meine Zusatzfrage. Bist du auch bereit, dich dafür einzusetzen, dass es da eine klare Zuständigkeit gibt, wer in Graz für Integration zuständig ist und damit auch entsprechende Mittel, es kommt heute noch eine Anfrage der kommunistischen Fraktion, entsprechende Mittel und Möglichkeiten auch in diesem Ressort vorhanden sind?

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Das ist genau das, was ich vorhin gesagt habe, ich bin bereit, unterstützend zu sein, das gerne, aber ich bin nicht bereit, Kompetenzen zu übernehmen, die nicht meine sind laut Geschäftsordnung.

GR. Mag. **Candussi** zur Geschäftsordnung: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kollegen! Es ist in der letzten Zeit zum wiederholten Mal, dass VertreterInnen von uns auf Grund der fortgeschrittenen Zeit in der Fragestunde nicht mehr drankommen. Ich möchte bitten, zwei Dinge mitzudenken, wir haben immer wieder Diskussionen über die Geschäftsordnung des Gemeinderates und seit langem gibt es von uns den Vorschlag, nachdem die Fragestunde tatsächlich ein Instrument ist, das eigentlich die Oppositionsrechte stärken sollte, gibt es den Vorschlag, dass man zum Beispiel dieses berühmte Hölzlwerfen, wie wir es auch heute wieder gesehen haben, sprich die Frage an den Stadtrat der eigenen Fraktion, dass man das endlich einmal unterlässt und stattdessen einen Punkt einführt, wo jedes Stadtregierungsmitglied einmal im Jahr Gelegenheit kriegen soll, Mitteilungen an den Gemeinderat zu machen, die gerade wichtig sind. Aber bitte nicht auf Kosten der Möglichkeiten der

kleineren Fraktionen, in diesem Haus zur Informationen zu kommen, zu denen sie sonst nicht kommen, das ist Punkt 1 und Punkt 2, ich hoffe ja doch, dass Rot und Schwarz zumindest in der Stadtregierung hin und wieder miteinander reden und diese Fragen, die sie hier stellen, auch intern beantworten können und deshalb sollte man doch eine Lösung finden, wie die Fragenstunde anders strukturiert wird. Die Frage, die ich auch dazu habe, soweit ich sie im Kopf habe, ich habe jetzt keine Möglichkeit gehabt nachzuschauen, heißt es, die Fragen sollen in der Reihenfolge ihres Eintreffens geordnet werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die heute gewählte Vorgangsweise in der Reihenfolge des Eintreffens stattfindet, weil es einfach eine Aufteilung gibt, nach der Größe der Fraktionen im Radl herunter. Das heißt, dem kann es nicht entsprechen, ich würde auch mit einem Vorschlag leben können, dass man sagt, dann gehen wir einmal der Größe gegenteilig hinauf, fangen wir mit den Kleinen an und wenn dann noch Zeit bleibt, dann kann ja Rot und Schwarz sich fragen, oder dann kann Schwarz/Schwarz fragen oder vielleicht der Herr Stadtrat Miedl den Stadtrat Miedl und wir können schauen, ob er auch dabei aggressiv wird.

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat Candussi. Wir haben eine wunderbare Regelung, die dir leider nicht bekannt ist, die da lautet...

***Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Er ist ja noch nicht lange hier herinnen.***

Bgm. Mag. **Nagl**: ...die da lautet, dass derjenige, der als Nächster jetzt drangekommen wäre, also die Fraktion, die als nächste drangekommen wäre, das nächste Mal auch wieder starten wird und dann geht es nach abwechselnder Reihenfolge. Das möchte ich als Erstes sagen und das Zweite ist, wenn also da jetzt so ein Angriff kommt, man möge das bitte nicht parteipolitisch da jetzt benutzen und

Minderheitenrechte und vieles mehr. Wir haben heute eine Frage in der Fragestunde betreffend den Kanal, wir haben heute in der Anfrage jetzt an mich eine Frage der Grünen über den Kanal, wir haben einen Dringlichen über den Kanal, dann frage ich mich dann ganz ehrlich, wer da verhindert, dass gewisse Dinge, demokratische Einrichtungen auch benutzt werden. Ich bin gerne bereit, immer zu diskutieren darüber, aber da gehen wir wirklich schon, ich glaube jetzt seit Jahrzehnten, nach einer sehr fairen Formel vor und das nächste Mal, du wirst es auch dann auch erleben, der Herr Polz achtet sehr darauf, wird die Grüne Fraktion mit der Fragestunde dann auch wieder beginnen.

GR. Mag. **Candussi**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Ich warte seit drei Sitzungen auf die schriftliche Beantwortung meiner Frage an Gerhard Rüschi.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es bekommt jeder eine schriftliche Antwort, sicher nicht am selben Tag, sondern bis zur nächsten Gemeinderatssitzung. Wir werden überprüfen, wo diese Anfragebeantwortung oder Fragebeantwortung nicht da ist. Wir werden der Geschichte nachgehen.